

AUSLANDSBÜRO TSCHECHIEN

DR. HUBERT GEHRING
TOMISLAV DELINIC

10. April 2008

www.kas.de
www.kas.de/prag

Zwischen Radar, Wirtschaftsboom und EU-Ratspräsidentschaft

Raketenabwehr: Tschechien wehrt sich gegen russische Inspektoren / Wirtschaftsboom: Deutscher Handelsaustausch mit Tschechien größer als mit Lateinamerika / EU-Ratspräsidentschaft: Hausaufgaben werden gemacht / Christdemokratischer Parteichef Čunek: Auf leisen Sohlen zurück in der Regierung

Radaranlage: Topolánek unter Druck

Der NATO-Gipfel von Bukarest hat eines gezeigt: Das Thema Radar ist in der tschechischen Innenpolitik noch lange nicht vom Tisch. Zwar wurde von amerikanischer und tschechischer Seite die Unterschriftenreife der Verträge verkündet und von Seiten des russischen Präsidenten Vladimir Putin das Wort Radar am Gipfel zunächst gar nicht erst verwendet. Aber schon kurz darauf machte der russische Machthaber im Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush zum wiederholten Male sehr deutlich, was er sich wünschte: Russische Inspektoren in jeder der Anti-Raketen-Anlagen in Mittel- und Osteuropa.

Tschechische Inspektoren in Russland?

Bush muss klar sein, dass Prag alles andere als erfreut ist über die Perspektive, 40 Jahre nach dem Einmarsch der Warschauer Pakt Truppen und der Niederschlagung des Prager Frühlings erneut russischen Truppen den Zugang zum Land zu gewähren – auch dieses Mal nicht gerade freiwillig. Die tschechischen Parteien sind beim Thema Radar heftig zerstritten: Die Opposition opponiert die Regierungspläne mit äußerster Härte und auch innerhalb der Koalition gehen die Meinungen über die Radaranlage auseinander. Nur eines wurde in den Diskussionsrunden im tschechischen Fernsehen als Reaktion auf Putins Forderungen sehr deutlich: Von den demokratischen Parteien wünscht sich niemand russische Soldaten im Land. „Wir können maximal russische Inspektionsreisen in Aussicht stel-

len, keinesfalls jedoch die Stationierung von Truppen. Im Übrigen würde eine solche Abmachung dann auch reziproke Forderungen beinhalten: Warum sollten wir keine Inspektoren nach Russland schicken dürfen?“, verdeutlichte der Vize-Premier für Europaangelegenheiten **Alexandr Vondra** (ODS) das gestiegene Selbstvertrauen des ehemaligen sowjetischen Satelliten.



Internationale Blamage droht

Premierminister **Mirek Topolánek** (ODS) wird die Entwicklungen in und um Bukarest mit Sorge verfolgt haben. Die Unterschrift der



Verträge mit den USA muss vom Parlament gebilligt werden. Die Mehrheit für die Radaranlage steht mit den gerade mal zwei Stimmen Vorsprung vor der Opposition und aufgrund zahlreicher Splittergruppen und inner-koalitionären Streitpunkten ohnehin auf wackeligen Füßen. Die Aussicht auf mögliche russische Inspektoren im eigenen Land verschlechtert darüber hinaus die ohnehin ablehnende öffentliche Meinung zur Frage des Radars noch weiter und schüttet der Opposition zusätzlich Wasser auf die Mühlen. Topolánek ist unter Druck: Seine eigene Partei ist in zahlreichen Fragen der Reformpakete zerstritten und die Radarfrage wird von einigen Abgeordneten benutzt, um an anderen Fronten Zugeständnisse vom Premier zu erhalten.

10. April 2008

www.kas.de

www.kas.de/prag

Denn jedem ist klar: Ein Scheitern der Verträge im tschechischen Parlament wären der Super-Gau und wohl das Ende für Topolánek und seine Koalitionsregierung aus Bürgerdemokraten (ODS), Christdemokraten (KDU-ČSL) und Grünen (SZ). Um das zu verhindern, muss und wird Topolánek alle Hebel in Bewegung setzen und ggf. einen hohen Preis an Kompromissen zahlen.

Topolánek muss feilschen

Die ambitioniert angegangene Gesundheitsreform ist sicherlich Angriffspunkt Nr. 1 der Koalitionspartner. Sowohl Grüne als auch Christdemokraten wünschen sich eine „weichere“ Reform, die die soziale Komponenten und den Blick auf die Verlierer des Wirtschaftsbooms nicht ausklammert. Ein Zugeständnis auf diesem Feld wird allerdings die ODS-interne Topolánek-Opposition um den ehemaligen Finanzminister **Vlastimil Tlustý** (ODS) auf den Plan rufen: Dieser gingen die Liberalisierungsschritte



noch nicht weit genug. Einem Zurückrudern des Premiers würde der Tlustý-Flügel sicher nicht tatenlos zusehen. Darüber hinaus muss Topolánek die beiden Abweichler aus der sozialdemokratischen Fraktion auf Linie halten die ihm erst eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus sichern. Er braucht ihre Zustimmung bzw. Abwesenheit während der Abstimmung im Parlament. Auch hier wird Topolánek Kom-

promisse schließen müssen. Obwohl allen klar ist, dass eine außen- und innenpolitische Blamage nur durch die Geschlossenheit der Koalition im Parlament verhindert werden kann, betonte In-

nenminister **Ivan Langer** (ODS), dass die Radarfrage nicht Bestandteil des Koalitionsvertrages war und dementsprechend „jeder Akteur nach Gutdünken handeln könnte“. Ange- sichts der miserablen Umfrageergebnisse für die Regierungskoalition und dem Umfragehoch der Sozialdemokraten, die eine Koalition mit den Kommunisten schon lange nicht mehr kategorisch ablehnen, sind sich jedoch alle Koalitionsparteien bewusst, dass ein mögliches Scheitern des Radarprojekts dem eigenen politischen Ende das Siegel aufdrücken würde.



Wirtschaft: Auf den Spuren Dzurindas

Die Streiterei um den weiteren Kurs der Wirtschaftsreformen wird Premierminister Topolánek aber auch nach einer möglicherweise erfolgreichen Lösung der Radarfrage weiter begleiten. Zu weit auseinander gehen die Standpunkte innerhalb der Koalition und innerhalb seiner eigenen Partei. Und das Hoch der Sozialdemokraten in den Meinungsumfragen lässt Erinnerungen wach werden: Auch der slowakische Premierminister Mikuláš Dzurinda schwiebte von Wirtschaftsboom zu Wachstumsexplosion ehe er aufgrund der Mobilisierung der Wachstumsverlierer durch die Opposition hart auf den Boden der Tatsachen aufschlug – Topolánek sollte sich dieses slowakische Beispiel zu Herzen nehmen. Denn schon seit längerem beackern die Sozialdemokraten und Kommunisten das von der ODS bestellte Feld und sammeln fleißig die Stimmen der Unzufriedenen ohne dabei allzu viel strategische Gegenargumentationen der Koalition befürchten zu müssen.

Besser wird es nicht mehr

Die wirtschaftlichen Erfolge lesen sich ein- drucksvoll: Der Außenhandel steigt stetig, das Wirtschaftswachstum liegt bei 6,6 Prozent und die Krone ist mit 25,02 auf einem absoluten Rekordkurs. Deutschland ist und bleibt Tschechiens Außenhandelspartner Nr. 1 und auch Tschechien spielt für die Bundesrepublik keine unerhebliche Rolle: Das Gesamthandelsvolumen zwischen den beiden Nachbarn übertrifft inzwischen das Handelsvolumen Deutschlands mit ganz Lateinamerika! Dennoch oder vielleicht gerade deshalb scheint sich Tschechien langsam der Spitze des Gipfels zu nähern, denn Probleme für die weitere Wirtschaftsentwicklung werden zunehmend sichtbar.

Arbeitskräfteimport aus Osteuropa

Ausländische Investoren sind bisher in der Moldaurepublik mehr als zufrieden: Tschechien ist schon lange weg vom Image der verlängerten Werkbank und bietet hochqualifizierte Arbeitskräfte und hochwertige Produktion an. Doch der Pool an Arbeitskräften ist begrenzt, die Konkurrenz der Unternehmen um diese Kräfte jedoch sehr hoch. „Der Fachkräftemangel könnte der Haken für das tschechische Wirtschaftswachstum sein. Fehlende, gut ausgebildete Arbeitskräfte verte-

10. April 2008

www.kas.de

www.kas.de/prag

ern den Produktionsprozess und damit die Produkte. In erster Linie werden davon die kleinen und mittelständischen Unternehmen betroffen, die dann ihre Investitionen in Tschechien reiflich überdenken müssen", befürchtet **Bernard Bauer**, Geschäftsführer der DtIHK in Prag, eine Unterschätzung des Themas Fachkräfte durch die tschechische Regierung. Kurzfristig reagieren die Unternehmen



durch den Import von Arbeitern aus der Ukraine, Rumänien und Bulgarien. Mittelfristig ist jedoch die Regierung in der Pflicht, durch eine Reform im Bildungssystem für ausreichenden Nachschub an Arbeitskräften zu sorgen und eine Abwanderung der Top-Kräfte zu verhindern.

Starke Krone verschleiert Gefahren

Die bemerkenswert rasante Entwicklung der Krone wird von der Politik immer wieder als Zeichen für die Unabhängigkeit und Stärke der jungen tschechischen Republik genannt. Eines wird dabei verkannt: Genau diese starke Krone könnte eine Art Achillesferse für Tschechien sein: Die Euroeinführung rückt immer weiter in die Ferne und ist nicht vor

Daten zu Tschechien 2008:

BIP-Wachstum: 6,6 (Q2)	2012 zu
Inflationsrate: 3,9 (Q2)	erwartet. Das
Arbeitslosenquote: 5,9% (Q2)	bedeutet
Bruttolohn: 23.435 kc (Q2)	für die
Krone/Euro: 25,02 (08.04.08)	vielen

Investoren im Bereich der kleinen und mittelständischen Betriebe enorme Verluste. Nahezu täglich schrumpft die Summe, die der Investor für die eingesetzten Euro in Kronen zurückhält und lässt die Gewinnmarge zusammensacken. Bleibt die mittelfristige Aussicht auf den Euro in Tschechien aus, werden viele Unternehmer andere EU-Neumitglieder in der Euro-Zone als Investitionsstandort entdecken und Tschechien so wichtige Einnahmen entziehen.

Tschechien auf dem sozialen Auge blind?

Der anhaltende Wirtschaftsboom überdeckt also einige Fragen, die schon in Kürze die Politik dominieren könnten. Eines scheint in

Tschechien aber nicht auf der Tagesordnung zu stehen: Der schnelle Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft. „Liberalisierung“ ist in und Tschechien folgt diesem Trend in jeder Hinsicht. Als Beispiel an dieser Stelle: Im Krankheitsfall setzt die Lohnfortzahlung erst nach drei Tagen ein, jedoch nimmt die Höhe des fortgezahlten Lohnes ab, je länger der Ausfall dauert. In der Praxis bleiben einem Arbeitstägigen mit einem Durchschnittslohn von knapp 900 Euro nach 2 Wochen Krankheit kaum genug Kronen übrig, um die Miete zu bezahlen – eine für deutsche Gemüter wahrhaft drastische Regelung. Die Regierung geht diesen Weg unabirrt weiter: Im Sommer des vergangenen Jahres verabschiedete die Regierung ein umfassendes Reformpaket im Bereich der Steuer- und Finanzgesetzgebung. Doch das ist nur ein kleiner Bereich vieler noch bevorstehender Herausforderungen. Die tschechischen Reformen stehen in vieler Hinsicht noch am Anfang und schon läuft die Regierung Gefahr, dem Beispiel des wirtschaftlich erfolgreichen aber abgewählten Mikuláš Dzurinda in der Slowakei zu folgen. Zum Wohle des letzten Promillepunktes Wirtschaftswachstum werden Investitionen im Sozial- und Gesundheitsbereich eingespart. Der Unmut der Bevölkerung wächst und Topolánek verliert Wähler. Es wäre also an der Zeit mit Hinblick auf die für 2010 angesetzten Parlamentswahlen und auf die ohnehin knappe Mehrheit für das eigene Lager, die soziale Komponente in der Politikgestaltung zu berücksichtigen.

FU-Ratspräsidentschaft: Vondra strafft Zügel

Knapp acht Monate vor der Übernahme der Ratspräsidentschaft laufen in Tschechien die Vorbereitungen auf vollen Touren. Vizepremier **Alexandr Vondra** hat nach starken Anlaufschwierigkeiten entsprechende Strukturen geschaffen und mit „Europa ohne Barrieren“ das Motto des tschechischen Vorsitzes bekannt gegeben. „Sicherzustellen, dass die Grundsätze der Freizügigkeit und des freien Arbeitsmarktes innerhalb der EU-Grenzen – insbesondere zwischen den alten und neuen Mitgliedstaaten – vollständig durchgesetzt würden, werde eine der obersten Prioritäten der bevorstehenden tschechischen EU-Ratspräsidentschaft sein“, betont Vondra. Damit spielt er auf die von Tschechien vehe-

10. April 2008

www.kas.de

www.kas.de/prag

ment kritisierte einseitige Sperrung der vier Freiheiten der EU durch Deutschland und Österreich an. „Die tschechische Republik ist Mitglied einer Union auf gleicher Augenhöhe. Ein Zusammenschluss hat keinen Sinn, wenn es eine erste und eine zweite Kategorie der Mitglieder gibt“, so der Vizepremier weiter.

Der Skeptiker soll nun gestalten

Eines wird an den Aussagen Vondras deutlich: Der 46-jährige ODS Politiker ist kein euphorischer Pro-Europäer. Und dennoch steht gerade er für den interessanten Wandel in Tschechien – Die als große Skeptiker und Kritiker der Union bekannten Tschechen stehen ab Januar 2009 für sechs Monate im Rampenlicht und müssen konstruktiv gestalten. Alles andere wäre eine europapolitische Blamage für das junge Mitgliedsland. Und so hören sich die neueren Töne des Vizepremiers ganz anders an: „Der Scheuklappenblick bringt uns nicht weiter. Wir müssen verstehen, dass es links und rechts des Weges noch andere Meinungen gibt und diese gilt es zu respektieren“, betonte Vondra in einem TV-Interview die Notwendigkeit einer umsichtigen Politik auf Europaebene.

Energiepolitik und Erinnerungskultur

Tschechien stimmt sich mit Frankreich, das vor der Moldaurepublik den Vorsitz hat, und Schweden, dass im zweiten Halbjahr 2009 übernimmt, thematisch ab, so dass allzu viel Spielraum für eigene Themen nicht bleibt. Die Energiefrage wird voraussichtlich alle drei Präsidentschaften überdauern und somit auch während der tschechischen Ratspräsidentschaft aktuell sein. Das Thema spannt sich von der Liberalisierung des europäischen Energiemarktes, über die Frage der Energiesicherheit und dem Verhältnis zu Russland hin zu der notwendigen Investition in alternative Energieressourcen und die Sicherung der Nachhaltigkeit der Energieversorgung. Darüber hinaus möchte Tschechien der Präsidentschaft aber durchaus einen eigenen Stempel aufdrücken und die Erinnerung an den Fall des Eisernen Vorhangs vor 20 Jahren wach halten. Zu diesem Zwecke sind eine Vielzahl an Veranstaltungen geplant.

Nutzt Tschechien die Chance?

Eine besondere, ungewöhnliche Initiative ist bisher von tschechischer Seite nicht zu erwar-

ten. Vielleicht liegt der Grund darin, dass das Land so kurz nach dem Beitritt mit der enormen Herausforderung, über 4000 Veranstaltungen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene in Abstimmung mit europäischen Institutionen und den anderen Mitgliedsstaaten zu organisieren, genug zu tun hat. Auch die kalkulierten Kosten von knapp 115 Millionen Euro belasten das 10,2 Millionen Land enorm. Zumindest das Szenario, dass die EU im ersten Halbjahr 2009 bereits unter eine Verfassung gebunden wird, und damit dann neue Verantwortlichkeiten in der Union herrschen, die entsprechend von der Ratspräsidentschaft angesprochen werden müssten, scheint aufgrund der Verzögerung der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages in einigen Mitgliedsstaaten eher unwahrscheinlich. Auf der anderen Seite hat Prag mit der Tatsache zu kämpfen, dass im April 2009 die Europawahlen anstehen und im Vorfeld die Wahlkämpfe der Parteien eine starke Politisierung der Ratspräsidentschaft nicht zulassen. Dennoch: Tschechien sollte die Chance nicht ungenutzt lassen und sich endlich klar werden, ob es das kleinste Land unter den Großen der EU, oder das größte Land unter den Kleinen der Union ist. Für beide Rollen ist genug Handlungsspielraum vorhanden und Tschechien könnte im Rahmen der Ratspräsidentschaft den Sprung vom Europa-Kritiker zum Europa-Gestalter wagen. Die Tür steht offen.

Čunek: Auf leisen Sohlen zurück im Glied

Nahezu unbemerkt angesichts der dominanten Themen Radar und Ratspräsidentschaft ist der im November 2007 von seinem Posten



als Minister für Regionalentwicklung zurückgetretene Christdemokrat **Jiří Čunek** (KDU-ČSL) in der vergangenen Woche in sein Amt zurückgekehrt. Der Parteivorsitzende der Christdemokraten konnte seinen langen Kampf um die Rehabilitation und Wiedereinsetzung ins Amt mit der Ernennung durch Staatspräsident Vaclav Klaus (ODS) abschließen. Vorangegangen war ein fast einjähriger Prozess- und Beschuldigungs marathon, in dem sich Čunek mit Vorwürfen der Korruption und Veruntreuung von Sozialhilfegeldern konfrontiert sah. Seit Beginn der Affäre forderten Abgeordnete aus

10. April 2008

www.kas.de

www.kas.de/prag

den Reihen der Grünen, die mit der KDU-ČSL und der ODS zusammen die Regierung bilden, den Rücktritt des 48-jährigen Mähren. Dieser jedoch kämpfte und legte immer wieder Beweise, die seiner Ansicht nach zur Entlastung beitragen, vor. Nachdem der Korruptionsprozess wegen der „Unzuverlässigkeit der Hauptbelastungszeugin“ im Sommerloch der Politik nahezu unbemerkt zu Ende ging, kamen in den Medien sofort Gerüchte auf, Čunek hätte trotz Ministerdiät Sozialabgaben in Anspruch genommen. Diese Behauptungen konnte Čunek letztendlich nicht entkräften und gab zu, soziale Förderung in Anspruch genommen zu haben, gerade deshalb, weil er Anspruch darauf habe.

Schwarzenberg tritt nicht zurück

Die öffentliche Meinung sah das anders und der zuvor aufgrund seines radikalen Standpunkts in der Frage des Umgangs mit den Roma in manchen Wählerschichten und Regionen des Landes durchaus beliebte Politiker sackte in den Umfragewerten radikal ab. Mit ihm rutschte seine christdemokratische Partei und auch die Regierung Topolánek ab, die nach Ansicht der Wähler in der Pflicht wäre, den „Problemfall Čunek“ zu lösen. Die KDU-ČSL stärkte Čunek nach seinem Rücktritt im November den Rücken und sprach sich öffentlich für das Bleiben im Amt des Parteivorsitzenden aus. Somit verschwand Čunek nicht von der politischen Bühne und allein die Vakanz seines ehemaligen Postens im Regionalentwicklungsministerium konnte als Fingerzeig gedeutet werden, dass hier noch nicht alle Karten auf dem Tisch liegen. Und tatsächlich blieb die Rückkehr des 48-jährigen immer ein Thema, so dass nach über vier Monaten



Hin- und Hergezerre die tatsächliche Rückkehr Čuneks ins Kabinett von der Öffentlichkeit weniger mit Kopfschütteln als vielmehr mit Schulterzucken kommentiert wurde. Einzig der für die Grünen als Außenminister im Kabinett vertretene

Karel Schwarzenberg drohte konsequent mit seinem Rücktritt, gab aber letztendlich im Sinne des Fortbestands der Regierung Topolánek klein bei und ließ nach Zusicherung einer unabhängigen Prüfung der Finanzverhältnisse im Hause Čunek von seinem Rücktrittsvorhaben ab.

Regierung rutscht in Umfragen weiter ab

Zwar steht die Causa Čunek im Hinblick auf die Radarfrage, die Ratspräsidentschaft, die Gesundheitsreform und den Lissabonner Vertrag nicht im absoluten Rampenlicht der politischen Bühne, doch ist die Rückkehr des Ministers von der Öffentlichkeit nicht unbemerkt geblieben. Die Opposition hat mit dem ungeklärten Hintergrund des christdemokratischen Parteivorsitzenden weitere Argumente gegen die Regierungsparteien und nutzt diese nach einem zwischenzeitlichen Meinungstief nun in vielerlei Hinsicht aus.

	Ergebnisse	Umfrage
Partei	Wahlen 2006	März 2008
ODS	35,4	29,8
KDU-ČSL	7,2	6,1
Grüne	6,3	8,0
ČSSD	32,3	36,9
KSČM	12,8	13,2
Andere	6	5,9

(Quelle: Median s.r.o., www.median.cz, 08.04.08)

Die KDU-ČSL dagegen rutscht weiter ab und sieht sich mit den Problemen der Überalterung und der mangelnden Mobilisierung von neuen Wählern und Mitgliedern konfrontiert. Die Partei täte gut daran, jetzt entschlossen Themen aufzugreifen, die in der Koalition bisher liegen geblieben sind, um ihre Wähler zu halten und Vertrauen in der Bevölkerung zurück zu gewinnen, damit die zum jetzigen Zeitpunkt alarmierenden Umfragewerte knapp über fünf Prozent bei den Wahlen 2010 nicht im Exodus der Partei resultieren.